

Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge – ein Weg aus der Sackgasse



Die Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge ist ein wesentlicher Bestandteil der Bologna-Reform. Sie auch in Deutschland zu verankern, haben sich seit einigen Jahren verschiedene Initiativen auf den Weg gemacht. Eine davon ist die von HIS, dem VDI/VDE-IT und dem BIBB wissenschaftlich begleitete BMBF-Initiative ANKOM. Dass Anrechnung trotz eindeutiger Dokumentenlage noch immer wenig zur Kenntnis genommen wird, hat verschiedene Gründe. Der Hauptgrund: Der Blick auf Bologna ist hierzulande nahezu ausschließlich auf die Ausgestaltung gestufter Studiengänge beschränkt.

Die Idee des Bologna-Prozesses ist eine umfassendere: Ein zu gestaltender moderner europäischer Bildungs- und Hochschulraum soll sich durch ein Maximum an regionaler und interinstitutioneller Transparenz und Vergleichbarkeit (nicht Gleichheit) und vor allem eine größere horizontale und vertikale Durchlässigkeit auszeichnen. Beginnend mit der Bolognakonferenz 1999 haben alle Nachfolgekongressen in zunehmender Differenziertheit die Forderung nach Anrechnungsmöglichkeiten von vorangegangenen Lernergebnissen (prior learning) formuliert. Auf der Londoner Konferenz im Mai 2007 wird dies ein Schwerpunkt der Arbeit sein. Auch die European University Association, die Interessenvertretung der Hochschulen auf europäischer Ebene, hat sich im Jahr 2005 in der Glasgow-Erklä-

rung dazu bekannt, Anrechnung zu ihrer Sache zu machen.

Warum wird mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen benötigt?

Berufliche Bildung und Allgemeinbildung haben in Deutschland eine lange Geschichte gegenseitiger Abschottung hinter sich. Martin Baethge, Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts SOFI, nennt dies das „deutsche Bildungs-Schisma“ und verweist auf die Einzigartigkeit dieser Segmentierung in Europa. Diese historisch gewachsene Entfremdung zwischen beruflicher Bildung und Allgemeinbildung resp. Hochschulbildung mit ihren hoch selektiven und schwer korrigierbaren Weichenstellungen für Bildungs- und Partizipationschancen ist aber zugleich mit verantwortlich dafür, dass sich besonders die universitäre Hochschulbildung enorm schwer tut, außerhochschulisch erworbene Kompetenzen als studienrelevant anzuerkennen und die Berufswelt außerhalb ihres ureigenen Beschäftigungssegmentes, der hochschulischen oder hochschulnahen Forschung und Lehre, wahrzunehmen. Andererseits ruhte das duale Ausbildungssystem in seiner eigenen Logik und Verbindung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen lange Zeit in sich und schien bei aller Modernisierung von Ausbildungsinhalten keinen grundlegenden Bedarf an strukturellen Veränderungen zu haben.

Insofern ist es historisch gar nicht hoch genug zu bewerten, dass die Hochschulen und beide großen gesellschaftlichen Gruppen – Arbeitnehmer und Arbeitgeber – durch ihr gemeinsames Bemühen um Anrechnungswege beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge den gefährlich werdenden alten Zustand zu überwinden suchen.

Ein zweiter Sachverhalt ist die soziale Segmentierung, die unser tradiertes Bildungswesen hervorgerufen hat. Jürgen Baumert, Direktor des MPI für Bildungsforschung, fasste dies im Juni 2006 auf einer Ringvorlesung an der Universität Göttingen in dem Satz zusammen, Deutschland sei „Weltmeister im Erzeugen sozialer Disparitäten“. Ein Teil dieser sozialen Disparitäten geht direkt auf das von Baethge beschriebene „Bildungs-Schisma“ zurück. Wer einmal früh den Weg aus dem allgemeinbildenden Schulwesen in die

berufliche Bildung gewählt hat, steht vor enormen Hindernissen, sich eine Tür zu einem späteren, ggf. berufs begleitenden Studium zu öffnen und sich auf diese Weise beruflich weiterzuentwickeln oder abzusichern. Nur eine verschwindend kleine

Minderheit schafft es in Deutschland, auf nicht konventionellem Weg an die Hochschule zu gelangen.

Insofern war die Selbstverpflichtung der europäischen Ministerinnen und Minister auf der





Bologna-Nachfolgekonferenz in Berlin 2003 keineswegs trivial, als sie erklärten, „sich mit allen geeigneten Mitteln dafür einsetzen zu wollen, den Zugang zur Hochschulbildung für alle auf der Grundlage ihrer Eignung zu ermöglichen“; im selben Atemzug forderten sie von den Hochschulen, Anrechnung „früher erworbener Kenntnisse“ einzuführen. (Auszüge aus dem Berlin Communiqué 2003)

Ein dritter Sachverhalt, der nicht nur die soziale Dimension von Durchlässigkeit betrifft, zwingt dazu, den Zugang zur Hochschule gerade auch für Erwerbstätige durchlässiger zu machen: Die Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts war durch relativ lange Innovationszyklen mit entsprechend langen Phasen der individuellen und betrieblichen Verwertbarkeit von einmal erlangten Qualifikationen gekennzeichnet. In Zukunft – und vielfach auch schon heute – werden Kompetenzanforderungen gestellt, die sich ständig neu generieren müssen. In vielen Bereichen des Beschäftigungssystems haben die Anteile systematischer (theoretischer), kommunikativer und problemlösender Kompetenzen zugenommen, die nicht mehr allein auf Primärausbildung und Berufserfahrung beruhen. In einer sich entwickelnden Kompetenzgesellschaft ist die ständige Bereitschaft erforderlich, sich beruflich neu zu disponieren und zu definieren. Wachsende Anforderungen an systematische, theorieunter-



legte Kompetenzen auch in beruflichen Tätigkeitsfeldern, die (heute noch) nicht auf akademische Abschlüsse rekurrieren, bedeuten aber, dass sich – der Trennung der Bereiche der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung zum Trotz – naturwüchsig und in zunehmendem Umfang Überlappungsbereiche an Kompetenzanforderungen herausgebildet haben; diese ergeben die Möglichkeit und Notwendigkeit einer gegenseitigen Zuerkennung und Anrechnung. Solche Äquivalenzen beruflich und hochschulisch erworbener Kompetenzen zu identifizieren, ist eine Grundvoraussetzung für Anrechnung und zugleich eine der größten Herausforderungen.

Ein vierter Grund für Anrechnung und erhöhte Durchlässigkeit wird augenscheinlich, wenn man sich die höchst wahrscheinliche betriebliche Wirklichkeit in Deutschland in 20 bis 30 Jahren vorstellt: Die Altersstruktur der Belegschaften in den Betrieben wird sich in Richtung eines erheblich höheren Durchschnittsalters verschoben haben. Der Anteil der Beschäftigten über 45 Jahre wird deutlich größer sein als gegenwärtig. Innovatives Wissen wird aufgrund der demographischen Entwicklung nicht mehr in demselben quantitativen Ausmaß mit jungen Hochschulabsolventen abgedeckt sein, wie dies bislang der Fall war. Wollten wir die Qualifikationsbasis der Betriebe wie in der Vergangenheit fast ausschließlich auf neuem Wissen junger Hochschulabsolventen gründen, wären viele Betriebe in nicht allzu ferner Zukunft mit einem dramatischen Qualifikationsmismatch konfrontiert.

Schließlich braucht Europa, wenn die eingangs genannten Ziele realisiert werden sollen, kom-

patible Bildungsstrukturen, die sich nicht an einer überholten, national unterschiedlichen Bewertung von Bildungsabschlüssen nach Institutionen und Bildungsektoren, sondern an den erworbenen Kompetenzen orientieren. Für Deutschland liegen hierin große Chancen.

Frau Ministerin Schavan hat kürzlich eine Lanze für eine Bildungsforschung gebrochen, die etwas verändert: Dazu ist die Entwicklung nachhaltiger Anrechnungsverfahren ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige notwendige Schritt.

Im Rahmen der Anrechnungsinitiative ANKOM

(<http://ankom.his.de>)

sind zwölf Entwicklungsprojekte dabei, bis zum Jahresende 2007 praktikable und qualitätsgesicherte Anrechnungsverfahren an ihren Hochschulen zu verankern. Die Überwindung der Entfremdung zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung ist nicht nur ein Ziel der Entwicklungsprojekte, sondern gestaltet sich bereits von Beginn an in enger Kooperation zwischen beteiligten Hochschulen, Sozialpartnern, Betrieben und Trägern der beruflichen (Weiter-) Bildung.

Karl-Heinz Minks
minks@his.de

